



**ORIENTIERUNG
IN DER
ZEITENWENDE**

AUFSTIEG DURCH BILDUNG IM 21. JAHRHUNDERT – MIT PRAGMATISMUS BILDUNGSPROBLEME LÖSEN

Seeheimer Strategiepapier
Oktober 2023



SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion



SEEHEIMER STRATEGIEPAPIER

AUFSTIEG DURCH BILDUNG IM 21. JAHRHUNDERT – MIT PRAGMATISMUS BILDUNGSPROBLEME LÖSEN

Als Sozialdemokrat:innen prägen wir mit unseren Bildungsidealen seit Jahrzehnten das deutsche Bildungssystem. Dabei klar im Fokus: Chancengerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung. **Das Ziel unseres Bildungssystems im 21. Jahrhundert muss es sein, die Talente und Begabungen jedes Menschen unabhängig der sozialen Herkunft zu fördern und zu fordern. Das Aufstiegsversprechen stellen wir klar in den Vordergrund unserer Bildungspolitik.** Wir wollen soziale Ungleichheiten verringern, die große Herausforderung des Fachkräftemangels abmildern, wirtschaftliche Innovationen vorantreiben und langfristige sowie nachhaltige Wertschöpfung erreichen.

Neben dem Krieg in der Ukraine und seinen gravierenden Auswirkungen auf unsere Industrie sowie dem Klimawandel sind die aktuellen Herausforderungen im Bildungssystem mit am schwerwiegendsten. Deutschland galt lange als Bildungsrepublik und wird (noch) für sein duales Ausbildungssystem wertgeschätzt. Wenn in der aktuellen Bildungs- und Fachkräftekrise nicht gehandelt wird, wird dieser Status nicht zu halten sein. **Aktuell geht in Deutschland sehr viel Potenzial verloren. Das kann so nicht weitergehen. Wir können uns das nicht leisten.**

Bildung ist primär Ländersache. Deshalb und auch vor dem aktuellen finanziellen Ungleichgewicht zwischen Bund und Ländern sind die Bundesländer in der Verantwortung, ihren originären Aufgaben vor allem in der schulischen Bildung gerecht zu werden. Gleichzeitig stehen wir zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten neuen Form der Zusammenarbeit von Kommunen, Ländern und Bund – **dem Kooperationsgebot** – als aktuelle Arbeitsgrundlage für einen **neuen, pragmatischen und zielführenden Ansatz.**

Denn der Bund ist und bleibt in der Bildungspolitik Akteur. Das beweisen bundespolitische Maßnahmen wie das Startchancenprogramm, der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und der DigitalPakt. Sie bieten **Lösungen für aktuelle Probleme und Herausforderungen im Bildungssystem, die es bundesweit in Zusammenarbeit mit den Ländern umzusetzen gilt.**

Doch gerade in der jetzigen Zeit – mit immer weiter steigenden Preisen und Lebenshaltungskosten – ist es ein anderes ur-sozialdemokratisches Programm in bundespolitischer Verantwortung, auf dem unser Augenmerk als Seeheimer:innen liegt: **das BAföG.**





AUFSTIEG DURCH BILDUNG – DAS BAFÖG ZUKUNFTSSICHER MACHEN

Das Bafög ist eine der größten Erfolgsgeschichten der deutschen Bildungspolitik. Seit seiner Einführung vor über 50 Jahren unter Willy Brandt hat es mehr als 36 Millionen Menschen geholfen, ihre Ausbildung zu finanzieren. Bis heute verspricht der damals eingeführte Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung eine Rechtssicherheit – nicht nur für Studierende, sondern auch für Schüler:innen und Auszubildende.

Über die Jahre wurde das Bafög immer wieder an aktuelle Gegebenheiten angepasst. Seit 2015 trägt der Bund die komplette Finanzierung des Bafögs und somit auch die politische Ausgestaltung.

Die vergangenen Jahre waren gerade auch für junge Menschen in Studium, Ausbildung, Promotion und schulischer Ausbildung hart. Sowohl die COVID 19-Pandemie als auch die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten haben sie getroffen. Gleichzeitig lag die Zahl der Bafög-Bezieher:innen im Jahr 2022 bei niedrigen elf Prozent.

Für uns Sozialdemokrat:innen ist das ein klares Zeichen: **Es ist wieder an der Zeit für eine große weitreichende Reform, um das Bafög zeitgemäß, zukunftssicher und gerecht aufzustellen. Dazu gehören für uns: Die Ausweitung der Förderansprüche, eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss, die Aufhebung der Altersgrenzen sowie ein insgesamt elternunabhängigeres Bafög.**

Wichtige Schritte in diese Richtung sind uns 2022 mit einer ersten Bafög-Reform gelungen: Wir haben die Freibeträge um mehr als 20 Prozent angehoben. Der Förderungshöchstbetrag sowie der Wohnzuschlag sind gestiegen. Wir haben die Altersgrenze erhöht und die digitale Antragsstellung vereinfacht. Und wir haben unsere Lehren aus der COVID 19-Pandemie gezogen und einen Nothilfemechanismus im Bafög verankert, um in ähnlichen Krisensituationen mehr Menschen durch das Bafög absichern zu können.

Diese erste Reform ist erst der Start einer umfassenden Neuausrichtung. **Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir die Regelungen zur Förderhöchstdauer und einem Studienfachwechsel verbessern sowie den Darlehensanteil im Bafög absenken. Außerdem sollen die Bedarfssätze und der Wohnzuschlag regelmäßiger an den wirklichen Bedarf von Studierenden angepasst werden, um steigende Lebenshaltungs- und Mietkosten schneller und passgenau auszugleichen. Dazu soll als ein Baustein eine automatisierte Inflationsanpassung eingeführt werden.** Für uns gilt: Am Ende des Monats muss für Studierende noch genügend übrigbleiben, sodass neben einem erfolgreichen Studium auch die gesellschaftliche Teilhabe nicht zu kurz kommt.





Diese im Koalitionsvertrag vereinbarten Reformen dürfen nicht durch Kürzungen im Bundeshaushalt verbaut werden. Schon jetzt müssen genügend Gelder zur Verfügung gestellt werden, um den jungen Menschen in unserem Land eine sichere Perspektive zur Finanzierung ihrer Ausbildung aufzuzeigen. Niemand in unserem Land soll die Entscheidung über ihre berufliche Zukunft von finanziellen Faktoren abhängig machen müssen. Auch im 21. Jahrhundert wollen wir das sozialdemokratische Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ halten. Das BAföG ist und bleibt dafür ein wichtiger Baustein.

Es ist jedoch nicht nur das BAföG, das zur Erfüllung des sozialdemokratischen Versprechens „Aufstieg durch Bildung“ beiträgt. Dieses zieht sich als roter Faden durch sämtliche bildungspolitische Bereiche – von der Krippe bis hin zur beruflichen Bildung und darüber hinaus.

AUFSTIEG DURCH BILDUNG – VON ANFANG AN

Eine qualitativ hochwertige und flächendeckende frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung ergeben sich aus dem Zusammenspiel von Elternunabhängigkeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses Paket bietet einerseits die Grundlage für eine chancengerechte und selbstbestimmte Bildungslaufbahn für die Kinder und andererseits eine betreuungsunabhängige Entscheidung der Eltern bezüglich ihrer Arbeitszeit. In anderen Staaten mit einer hohen frühkindlichen Betreuungsquote zeigen sich eine größere geschlechtsunabhängige Vollzeitverteilung sowie ein stärkeres volkswirtschaftliches Ausschöpfen des beruflichen Potenzials.

Gute Qualität in den Kitas muss gewährleistet werden. Der Bund hat in der letzten Legislaturperiode mit dem “Gute-KiTa-Gesetz” bereits ein Programm auf den Weg gebracht, dass die Qualität in den Kitas bundesweit verbessern soll. Mit dem Kita-Qualitätsgesetz heben wir dieses essenzielle Projekt in der aktuellen Legislaturperiode auf die nächste Stufe. Es wird zukünftig weitere Schritte brauchen, um die Qualität in den Kitas auch weitergehend zu gewährleisten. Darüber hinaus besteht in den Kitas ein sehr großer Fachkräftemangel. **Neben kreativen kurzfristigen Lösungen braucht es vor allem faire Arbeitsbedingungen, gute Löhne und die Wertschätzung aller Beteiligten.**





AUFSTIEG DURCH BILDUNG – WEICHEN STELLEN IN DER SCHULE

Die schulische Bildung ist für junge Menschen der zentrale Zeitraum, in dem ihre Persönlichkeiten heranwachsen und sie die Basis für ihren sozialen sowie gesellschaftspolitischen Lebens- und Karriereweg setzen.

Schulische Strukturen müssen so gestaltet und finanziert sein, dass junge Menschen im Übergang zur Ausbildung, nach der Fachhochschulreife oder nach dem Abitur, am sozialen und politischen Leben teilnehmen können, die Fähigkeiten erlernen, erfolgreich im Arbeitsmarkt zu bestehen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und der besuchten Schulform. Die Basis dafür legen u.a. die Lehrkräfte und weitere Mitarbeitende in multiprofessionellen Teams in Schulen. Dementsprechend muss Schule auch ein guter Arbeitsplatz sein, an dem Lehrkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben entlastet werden, um ihre originären Aufgaben angemessen wahrnehmen zu können. Dabei müssen Lehrkräfte durch kreative und pragmatische Lösungen für mehr multiprofessionelle Anreize sowie durch Quer- und Seiteneinsteiger:innen unterstützt werden.

Zum Ende der letzten Legislaturperiode haben wir den **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule** auf den Weg gebracht: Hier stellt der Bund 3,5 Milliarden Euro Finanzhilfen für Investitionen in den Infrastrukturausbau zur Verfügung. Darüber hinaus beteiligt sich der Bund an den laufenden Betriebskosten: ab 2026 schrittweise und ab 2030 dauerhaft mit bis zu 1,3 Milliarden Euro jährlich.

Der Bund unterstützt die Länder bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Nun gilt es diesen in allen Bundesländern zeitnah umzusetzen. Dabei kommt es auf drei zentrale Faktoren an:

- » **1. Gute Infrastruktur:** Gemeinsame Investitionsoffensive starten und die Finanzhilfen des Bundes ausschöpfen, um zeitnah neue ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter zu schaffen und bestehende Ganztagsangebote qualitativ weiterzuentwickeln.
- » **2. Qualität und Quantität:** Das Ganztagsangebot im Grundschulbereich sollte unter Berücksichtigung der länderspezifischen Strukturen bundesweit mit vereinbarten qualitativen und vergleichbaren Mindeststandards umgesetzt werden – der von Bund und Ländern gemeinsam erarbeitete Qualitätsrahmen sollte hierfür die geeignete Grundlage sein, und



- » **3. Fachkräfte:** Entwicklung pragmatischer und kreativer Lösungen für den Fachkräftemangel (auf der Grundlage der Gesamtstrategie zur Fachkräftesicherung in den Erziehungsberufen des Bundes), ohne Abstriche an der Betreuungs- und Bildungsqualität sowie den pädagogischen Erfordernissen. Multifunktionale Teams unter pädagogischer Leitung bieten ein großes Potential für mehr Qualität im Ganzttag. Sie können die Fachkräfte entlasten und außerdem durch spezifische Angebote die Bildungsqualität verbessern. **Es braucht einen qualitativen Ganzttag mit kindergerechten Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, der allen Kindern gleiche Teilhabe- und Bildungschancen bietet und für die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet.**

Eines der zentralen bildungspolitischen Vorhaben in dieser Legislaturperiode ist das Startchancenprogramm. Für den Erfolg des Projekts brauchen wir:

- » **1. Bedarfsgerechte Mittelverteilung:** Anspruch auf die finanziellen Mittel orientiert sich an sozialen Indikatoren mittels eines Verteilungsschlüssels abseits des Königsteiner Schlüssels,
- » **2. Flexibilität zwischen den Säulen:** Ausreichende Berücksichtigung jeder Säulen - Infrastruktur- Investitionsprogramm, Chancenbudget & Schulsozialarbeit - in der Umsetzung finden, und
- » **3. Schulform Auswahl nach sozialer Lage:** Auswahl von Schulen nach sozialstrukturellen Merkmalen und Bedarf ohne Priorisierung bestimmter Schulformen.

AUFSTIEG DURCH BILDUNG – DIGITALISIERUNG ALS MITTEL ZUM ZWECK, NICHT ALS SELBSTZWECK

Als Seeheimer Kreis ist uns die digitale Lehrmittelfreiheit zentrales Anliegen. Wir wollen den Zugriff auf und die Verwendung von Bildungsinhalten chancengerechter und elternunabhängiger gestalten. Dafür ist der DigitalPakt ein Programm des Bundes. **Zur Anschlussfinanzierung muss der im Koalitionsvertrag vereinbarte DigitalPakt 2.0 im Haushaltsrahmen umgesetzt werden. Für die Planungssicherheit in den Bundesländern und vor allem den Kommunen für ihre digitale Infrastruktur braucht es eine verbindliche Zusicherung des Förderstarts zu spätestens Anfang 2025. Beim DigitalPakt 2.0 setzen wir uns für förderfähige Maßnahmen für digital gestützten Unterricht, Strukturen zur Vernetzung zum kollaborativen Arbeiten sowie der Administration und Wartung der Geräte ein.** Darüber hinaus wollen wir bildungsspe-





zifische öffentliche Open-Source Lösungen, Bildungsinhalte und digitale Bildungsinfrastruktur fördern und in der Anwendung priorisieren. All diese Projekte sollten ganzheitlich gedacht, geplant und umgesetzt werden.

Bei der Nutzung von digitalen Inhalten in der Schule muss Cybersicherheit eine hohe Priorität haben, nicht nur in Form sicherer IT-Infrastruktur zum Schutz vor Cyberangriffen. Es darf keinen unbefugten Zugriff auf die personenbezogenen Daten der Schüler:innen geben. Lehranalysen dürfen nicht von Dritten anhand der Daten durchgeführt werden können.

Das öffentliche Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zu digital gestütztem Unterricht und Medienbildung für Schüler:innen muss weitreichend ausgebaut und durch Anreize attraktiver gemacht werden. Die Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) muss von Politik und Verwaltung praktikabel gestaltet werden. Es müssen Grundlagen für DSGVO-Software-Lösungen geschaffen oder empfohlen werden, um den Lehrkräften diese Entscheidungen abzunehmen und sie zu entlasten. Wir müssen darüber nachdenken, ob datenschutzrechtlich ein Once-only-Prinzip möglich sein könnte. Damit könnte eine für ein Bundesland freigegebene Software zugleich für alle Bundesländer zur Anwendung freigegeben werden. Im Bereich Public-Private-Partnerships setzen wir uns für eine pragmatische Zusammenarbeit mit Unternehmen ein. Die Unabhängigkeit der Schulen muss dabei gewährleistet bleiben und es dürfen keine Pfadabhängigkeit oder Lock-In Effekte entstehen.

AUFSTIEG DURCH BILDUNG – UNABHÄNGIG VON ELTERNHAUS UND SOZIALER HERKUNFT

Noch zu stark hängen Bildungserfolg und -chancen von sozialer Herkunft ab. In einem progressiven Verständnis von Chancengerechtigkeit in der Bildung dürfen Faktoren wie der Bildungsstand oder Arbeitslosigkeit der Eltern, eine Migrationsbiografie oder Armutsgefährdung niemandem im Wege stehen.

Wir treten für eine Investitionsoffensive aus Bund und Ländern ein. Zudem braucht es eine stärkere Zusammenarbeit von Bund und Ländern, um die finanziellen Ausstattungen von Bildungseinrichtungen, insbesondere in strukturell benachteiligten Gebieten, zu verbessern.

Gute Bildung darf nicht vom Wohnort abhängen. Fortschrittliche Bildungspolitik setzt sich für eine kostenlose Bildung von der Kita bis zum Meisterbrief ein. **Neben dem kostenlosen Zugang zu Kita, Schule, Hochschule und Ausbildungsschulen müssen auch Bildungsmaterialien und das (Hoch)Schulesen preislich deutlich reduziert werden,** damit keine versteckten Kosten die Bildungsgerechtigkeit einschränken. **Dazu zählt auch Mobilität. Diese muss für Schüler:innen, Studierende und Auszubildende bundesweit kostengünstig gewährleistet sein.** Eine Hängepartie wie bei der Einführung des Deutschland-Tickets darf es in der Zukunft nicht





mehr geben. Der Bund muss stärker und antizipativ mit den Ländern zusammen eine langfristige Finanzierungsperspektive für Schüler:innen-, Azubi- und Semestertickets schaffen. Perspektivisch muss der kostenlose ÖPNV die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Als Seeheimer Kreis erwarten wir von allen Akteuren in der Koalition aber auch den Bundesländern, dass gerade im Bildungsbereich pragmatisch und zielführend an Lösungen gearbeitet wird. Wir brauchen weniger Zuständigkeitsdebatten und mehr gemeinsamen Einsatz für bundesweite chancengerechte und exzellente Bildung. Nur so können wir unser Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ auch weiterhin halten. Und nur so bleibt Bildung die Basis für unsere volkswirtschaftliche Zukunft und unseren Wohlstand.

SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035

Fax: 030 227-70043

E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de

www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis

Twitter: @seeheimer

Instagram: seeheimerkreis